



Verband der bayerischen Lehr- und Beratungskräfte

im höheren Dienst – Ernährung, Ländlicher Raum, Agrarwirtschaft e.V.

www.vela-bayern.de

info@vela-bayern.de

Bericht des 1. Vorsitzenden für die Zeit von April bis Juni 2010

Liebe Mitglieder,

neben unserem Tagesgeschäft forderten uns zwei Themenbereiche in den vergangenen Monaten sehr stark: Zum einen ist es der vom früheren EU-Kommissar Dr. Franz Fischler vorgelegte Abschlussbericht der Zukunftskommission Landwirtschaft, welche im „Bayernplan 2020“ mögliche Strategien und Handlungsempfehlungen für die politisch Verantwortlichen in Bayern enthält. Zum anderen ist es die seit Herbst letzten Jahres laufende Aufgabenüberprüfung unserer Verwaltung. Beide Themenbereiche hat auch unser neuer Amtschef Ministerialdirektor Martin Neumeyer bei unserer Mitgliederversammlung angesprochen.

Mitgliederversammlung

Nachdem unser vorgesehener Referent leider krankheitsbedingt nicht kommen konnte, nutzte unser neuer Amtschef spontan und gerne die Gelegenheit zum Vortrag und Gespräch mit den Verbandsmitgliedern. Die allermeisten Zuhörer der sehr gut besuchten Mitgliederversammlung waren sicherlich gespannt, welche Themen der neue Amtschef ansprechen würde und welche Botschaften er übermitteln würde. Nach Meinung unseres Amtschefs sind Beratung und Schule so entscheidend, dass unsere Verwaltung auch eine Zukunft hat. „Auch wenn der Bildungsbereich gut läuft, so müsse man vielleicht manches ändern“, so seine Aussage. Der unmittelbare Kontakt und die Beratung vor Ort sei die „Perle“ der Verwaltungstätigkeit. „Beratung und Bildung gehören zusammen. Das wird auch künftig so sein. Sie sind für die Zukunft der Landwirtschaft entscheidend“, erklärte er. Zu der derzeit laufenden Aufgabendiskussion meinte er, dass ein Aufgabenumbau

(nicht Abbau) stattfinden müsse, damit neue Themen (wie z.B. Ernährung) zu einer Profilschärfung unserer Verwaltung beitragen können.

Die Einrichtung der Zukunftskommission mit 25 ganz unterschiedlichen Organisationen und die Arbeit der Kommission bezeichnete er als einen gelungenen Versuch eine breite gesellschaftliche Akzeptanz für die Landwirtschaft in Bayern zu schaffen. Seiner Meinung nach sei es wichtig, dass die ganze Breite der Verbände (Verbraucher, Naturschutz, Kirchen, Berufsvertretungen der Landwirte, usw.) in diesen Prozess eingebunden wird, was die gegenseitige Akzeptanz und das Verständnis füreinander fördere. Moderne Landwirtschaft im 21. Jahrhundert benötigt eine breite „gesellschaftliche Akzeptanz“.

Der Amtschef betonte auch, dass es politischer Wille in Bayern sei, auch künftig den ländlichen Raum vital zu erhalten. Die wirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft in Bayern (ca. 700.000 Beschäftigte in der Landwirtschaft im vor- und nachgelagerten Bereich mit einem Umsatzvolumen von ca. 1 Milliarde Euro) ist Gewähr dafür, dass dieser Zukunftsbereich auch künftig gestärkt werde. Sehr deutlich wies er darauf hin, dass in unserem Geschäftsbereich in der Zeit von 1995 bis 2019 laut Stellenabbauplan über 30 % der Planstellen abgebaut werden. „Wir sind in unserem Geschäftsbereich bereits in Vorlage gegangen, dies müssen wir auch allen politisch Verantwortlichen sagen“, so der Amtschef. Im Hinblick auf einen möglichen Stellenabbau nach 2019 meinte er: „Wer Qualität will, muss auch anerkennen, dass wir bereits viele Vorleistungen erbracht haben und das Ende der Fahnenstange erreicht ist.“

In der anschließenden Diskussion stellte er sich bereitwillig den Fragen der Teilnehmer, auch wenn er aufgrund der Kürze der Einarbeitungszeit manche Aufgabenbereiche und Tätigkeitsfelder unserer Verwaltung noch nicht im Detail kannte. Aber vielleicht auch deshalb nahm er gerne die Einladung zweier Kollegen zur Besichtigung der Arbeit vor Ort an Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten an. Sein Vortrag und die Diskussion mit unserem Amtschef haben zu weiteren anregenden Gesprächen unter den Teilnehmern geführt. Häufig konnte ich die Äußerung hören: „Es ist vielleicht ganz gut, wenn jemand, der von außen kommt, überparteilich den Prozess der Aufgabendiskussion leitet“.



Unser neuer Amtschef Ministerialdirektor Martin Neumeyer bei unserer Mitgliederversammlung 2010 in Weichering

Aufgabenüberprüfung – Wie weit sind wir?

Mittlerweile wurden in den sieben Teilprojektgruppen viele Aufgabenbereiche der Landwirtschaftsverwaltung durchleuchtet und auch manche Vorschläge verworfen. Das von Herrn Staatsminister Helmut Brunner formulierte Ziel, den Umfang der Aufgaben dem in Zukunft voraussichtlich zur Verfügung stehenden Personal anzupassen und für notwendige neue Geschäftsfelder Spielräume zu gewinnen, wurde bisher allerdings noch nicht erreicht. Im Teilbereich drei – Übertragung von Aufgaben – kommt die Arbeitsgruppe zum Ergebnis, dass in etwa 70 AK (davon 60 AK an den Ämtern) im Laufe der Jahre eingespart werden können, falls eine Reihe größerer und kleinerer Aufgabenbereiche ausgelagert bzw. übertragen wird. Von den ins Auge gefassten notwendigen Einsparungen bzw. für neue Geschäftsfelder benötigten Stellen in Höhe von

300 AK sind wir deshalb noch meilenweit entfernt. In der laufenden Diskussion hatte ich allerdings auch häufig das Gefühl, dass die Bereitschaft Aufgaben abzugeben, nicht sonderlich groß ausgeprägt ist.

Bildung und Beratung – trennen oder weiterhin eine Einheit?

Unter der Federführung der Abteilung A im Staatsministerium wurden Modelle für die Bereiche Beratung und Bildung entwickelt, welche künftig auch noch Spielräume für die Beratung an allen 47 Ämtern und sog. Bildungszentren mit Schule bei gleichzeitiger Personaleinsparung (ca. 100 AK) schaffen sollen. Kernpunkte der von der Abteilung A favorisierten Modelle sind die **Ausstattung aller 47 Ämter mit einem Sachgebiet „Beratung Unternehmensstrategie“** (US, besetzt mit 5 AK) und die Schaffung von Sachgebieten Bildung zum einen für die Landwirtschaft und zum anderen für die Abteilung Hauswirtschaft. Daneben würden noch 62 Fachzentren entstehen (z.B. Rinderhaltung, Pflanzenbau, Schweinehaltung, usw.), welche an ausgewählten Standorten in einer dritten Abteilung an den Ämtern angesiedelt werden. Unterschiedliche Auffassung innerhalb der Abteilung A besteht darüber, ob und in welchem Umfang (5 Stunden/Woche) der höhere Dienst aus dem Sachgebiet „US“ in der Unterrichtserteilung eingesetzt werden soll. Der dem Sachgebiet Bildung (3 AK in SG LW, 2,75 AK in SG HW) zugeordnete höhere Dienst soll künftig **Vollzeitlehrer** (18 Wochenstunden) sein und nicht mehr in der Beratungstätigkeit eingesetzt werden.

Als Anfang Juli anlässlich der Behördenleiterbesprechung mit Staatsminister Brunner und Amtschef Martin Neumeyer diese Modelle vorgestellt wurden, waren die Reaktionen der Teilnehmer sehr unterschiedlich.

Ich schätze die Leistungen der Kolleginnen und Kollegen im Fördervollzug sehr wohl und möchte deren Bedeutung in keinsten Weise schmälern. Dennoch bin ich der Meinung, dass neben einem funktionierenden Fördervollzug nur eine flächendeckende Bildungsarbeit und eine von unserem Klientel auch wahrgenommene Beratungspräsenz für unsere eigenständige Fachverwaltung zur Lebens- bzw. Überlebensversicherung unabdingbar ist. Bedingt durch den Rückgang der Studierendenzahlen werden nicht mehr alle Kolleginnen und Kollegen des höheren Dienstes in den Fachschulen (vor allem Abteilung Landwirtschaft) eingesetzt. Dennoch sollten wir aus vielen fachlichen Gründen, aber auch aus strategischen Gründen, an der **Einheit Bildung und Beratung festhalten**, um auch eine Zukunftssicherung für unseren Geschäftsbereich zu betreiben. Wir lehnen deshalb alle Überlegungen ab, welche die **Aufteilung der Beschäftigten in unserer**

Verwaltung in Förderabwickler oder Lehrer oder Berater zur Folge hätten. Ein zeitweilig stärkerer Einsatz in der Bildungstätigkeit wäre m.E. dennoch möglich. Eine personale Trennung würde unserer Meinung nach jedoch die Gefahr erhöhen, dass die Forderung vom Landkreistag nach einer Eingliederung von Teilen der Landwirtschaftsverwaltung („Wo immer es sich um Verwaltungsaufgaben handelt ...“ MP Seehofer in SZ vom 21.05.2010) in die Landratsämter an weiterer Tagesaktualität gewinnen würde.

Ich meine, wir sollten eine Aufgabendiskussion führen und keine Reformdiskussion. Müssen wir das jetzige System auf den Kopf stellen? Ist das Ganze zu Ende gedacht? Wir sollten deshalb die Zeit nutzen und noch viele offene Fragen diskutieren. Ich habe auch nicht den Eindruck, dass unser Staatsminister Helmut Brunner unsere Verwaltung umkrepeln will.

Neues Sachgebiet „Beratung Unternehmensstrategie“ (US) an allen Ämtern – Viele offene Fragen

Die Diskussion im Rahmen der Behördenleiterbesprechung im Staatsministerium zeigte, dass noch ein erheblicher Klärungsbedarf besteht. U.a. sind folgende Fragen zu klären:

- Wie sind die Modelle gerechnet? – Arbeitskräfte im Sachgebiet „Beratung Unternehmensstrategie“ bzw. in den Fachzentren? Wie viele Spezialberater gibt es noch? Wie stellt sich die Verteilung auf die Laufbahngruppen dar?
- Wie viele Abteilungsleiter- und Sachgebietsleiterstellen verlieren wir?
- Wer entscheidet, ob Mitarbeiter künftig im Sachgebiet Beratung oder Sachgebiet Bildung zum Einsatz kommen?
- Ist die Personalbesetzung (5 AK) an jedem Amt für die Unternehmensberatung gleich groß, egal ob das Amt für 1.300 Betriebe oder über 4.000 Betriebe zuständig ist?
- Wie viele Beschäftigte müssen kurzfristig umgesetzt werden?
- Wie kann der Unterricht bei Ausfall einer (von drei) Vollzeitlehrkraft sicher gestellt werden?
- Wird BiLa an jedem Amt angeboten oder nur an Ämtern mit Bildungszentrum?

Die Abteilung A sollte deshalb in Kleingruppen mit Behördenleiterinnen und Behördenleitern (Regierungsbezirksebene?) die Modelle durchrechnen. Nur dann ist es auch vielleicht für die Betroffenen vor Ort nachvollziehbar, wie Bildung und Beratung als Kernaufgabe in der Zu-

kunft umgesetzt werden können. Die **Profilschärfung** unserer Schulen und Beratungsleistungen vor Ort dürfen wir nicht aus den Augen verlieren. **Einheitlichkeit darf nicht zu Lasten der Qualität gehen!**

Führung der Ämter

„Wir brauchen ein neues Verständnis für das Zusammenwirken von Ministerium und Ämtern“ (Amtschef Martin Neumeyer). Unter dieser Zielsetzung hat die „Arbeitsgruppe Führung“ detaillierte Vorschläge erarbeitet.

Unabhängig davon, welcher Lösungsvorschlag realisiert wird, erwarten wir von einem neuen Führungsmodell einen möglichst schnellen Informationsfluss von unten nach oben und umgekehrt. Das Ziel muss sein, dass anstehende Probleme erkannt und dann schnell gelöst werden (Bsp. Flächenabgleich Ökoflächenkataster/Ökokonto, Erosionskataster). Moderne Führung zeichnet sich insbesondere durch flache Hierarchien, intensive Vernetzung und das Wahrnehmen von Führungsverantwortung auf allen Ebenen aus. Im Führungsverhalten kommt auch die Wertschätzung des Staatsministeriums gegenüber der Arbeit vor Ort zum Ausdruck. Wenn es unser Ziel ist, dass aus drei Verwaltungen vor Ort eine schlagkräftige Behörde entstehen soll, dann wäre die Einbindung aller Abteilungsleiter im StMELF in die Führungsverantwortung wirkungsvoller als nur die Wahrnehmung dieser wichtigen Aufgabe durch einen Abteilungsleiter.

Neues Reisekostenrecht – Deutliche Verschlechterung!

Rückwirkend zum 01.05. dieses Jahres wurde das Reisekostengesetz geändert. Leider ergeben sich daraus deutliche Verschlechterungen, insbesondere bei Zweitfahrten zu Abendveranstaltungen am Amt bzw. Schule und auch zu einem Veranstaltungsort außerhalb des Amtes. In einem Gespräch im Staatsministerium mit Amtschef Martin Neumeyer und dem zuständigen Bearbeiter RD Claus-Peter Spieß (Referat Z 1) wurde diese Problematik diskutiert. Der Amtschef wird ein Schreiben an seinen Kollegen im Finanzministerium richten, dass auch künftig Abendveranstaltungen am Amt/Schule (z.B. Unterricht, BiLa, usw.) über Art. 24 (4) Reisekostengesetz abgerechnet werden können. Desgleichen sollten auch Abendveranstaltungen, die nicht am Amt stattfinden (z.B. Versammlungen, Sitzungen, Felderbegehungen, usw.) ebenso über Art. 24 (4) abrechenbar sein, da diese Tätigkeiten außerhalb der vergüteten Arbeitszeit stattfinden und für den Dienstherrn in dieser Form wirtschaftlicher sind. Für die schnelle und unkonventionelle Unterstützung durch unseren Amtschef

und das zuständige Referat möchte ich mich ausdrücklich bedanken.

Der Verband ist der Meinung, dass eine Zweitfahrt zum Außendienst am Abend und am Wochenende von zuhause aus voll zu bezahlen sei, nicht nur die möglicherweise kürzere Strecke Dienort – Veranstaltungsort. Es ist nicht zumutbar, dass die Kollegen und Kolleginnen bei der Wahrnehmung von Dienstaufgaben und angeordneter Mehrarbeit durch die Übernahme der Fahrtkosten für die Zweitfahrt zusätzlich finanziell belastet werden. Solche Regelungen sind demotivierend für die Kolleginnen und Kollegen und lassen einen Rückgang der Bereitschaft,

Dienst zu ungünstigen Zeiten (abends, Wochenende) zu übernehmen, erwarten.

Für den anstehenden Sommerurlaub wünsche ich Ihnen und Ihrer Familie eine schöne und erlebnisreiche Zeit, aber auch Ruhe, Entspannung und Erholung, um Kraft zu sammeln für ein sicherlich arbeitsreiches, aber auch spannendes Winterhalbjahr.

Ihr
Josef Konrad
1. Vorsitzender

VELA – Bericht aus Oberbayern

Bei der letzten Mitgliederversammlung am 3. Juli 2009 war unter anderem die Neuausrichtung der TU-München Weihenstephan und Informationen zur Fachhochschule ein Thema über das uns Prof. Dr. Kurt Jürgen Hülsbergen, Studiendekan Wissenschaftszentrum Weihenstephan sowie Prof. Gerhard Bellof, Dekan an der FH Weihenstephan ausführlich informierten. Von Professor Bellof wurde ein Foliensatz zum Vortrag bereitgestellt. Interessierte Mitglieder können diesen Foliensatz bei mir mit einem kurzen e-mail an wolfgang.stuetzle@fbz-ll.bayern.de anfordern.

Trotz der interessanten Themen war die Veranstaltung nur mäßig besucht. Die Teilnehmer führten dies darauf zurück, dass bereits die Landesversammlung im Mai in Oberbayern stattgefunden hat. Es wurde daher der Beschluss gefasst, dass in Jahren, in denen die Landesversammlung in Oberbayern stattfindet auf eine zusätzliche Bezirksversammlung verzichtet wird. Es findet daher dieses Jahr keine VELA - Bezirksversammlung in Oberbayern statt.

Wolfgang Stütze

Der Bezirkspersonalrat (BPR) informiert

Personalratswahlen 2011

Der Termin ist mit dem 17. Mai 2011 schon festgelegt. Die Wahlperiode endet am 31. Juli 2011. Mit der Änderung der Wahlordnung wurden jetzt auch schon wichtige Termine festgelegt:

- Spätestens am Montag, 14. Februar 2011: Aushang der Namen der Mitglieder des Wahlvorstandes
- Spätestens am Montag, 21. Februar 2011: Vorlage der Ergebnisse etwaiger Vorabstimmungen
- Spätestens am Montag, 7. März. 2011 Erlass und Aushang des Wahlausschreibens
- Spätestens am 2. April 2011 (innerhalb von 25 Kalendertagen nach Erlass des Wahlausschreibens): Einreichung von Wahlvorschlägen
- Spätestens am Montag 2. Mai 2011: Bekanntgabe der Wahlvorschläge
- Dienstag, 17. Mai 2011: Tag der Stimmabgabe
- Spätestens am Montag, 23. Mai: Feststellung des Wahlergebnisses
- Spätestens am Mittwoch, 25. Mai 2011: Feststellung des Wahlergebnisses für die Wahlen der Stufen- und Gesamtpersonalräte
- Spätestens am Dienstag, 31. Mai 2011: Einberufung der konstituierenden Sitzung der neu gewählten örtlichen Personalräte
- Spätestens am Dienstag, 7. Juni: Einberufung der konstituierenden Sitzung der neu gewählten Stufen- und Gesamtpersonalräte

Für den ordnungsgemäßen Ablauf der Wahlen sind die Wahlvorstände unerlässlich. Deshalb appellieren wir schon heute, dieses Amt anzunehmen, wenn sie von den Personalräten angesprochen werden.

Noch wichtiger ist natürlich, sich für die Wahl nominieren zu lassen. Personalräte sind nur so stark und effektiv wie ihre einzelnen Mitglieder. Auch die Fachverbände und Gewerkschaften werden Sie in den nächsten Monaten ansprechen. Lassen Sie sich aufstellen und garantieren Sie so engagierte Arbeit in den Stufenvertretungen bei Bezirkspersonalrat und Hauptpersonalrat.

Aufbewahrungspflichten

Schon mehrfach wurde an den BPR herangetragen, dass sich bei den örtlichen Personalvertretungen (Wahl-) Unterlagen über längere Zeiträume, bis hin zu Jahrzehnten angesammelt haben. Eine Regelung hierfür gibt in § 24 der Wahlordnung zum Bayerischen Personalvertretungsgesetz (BayPVG): Die Wahlunterlagen (Niederschriften, Bekanntmachungen, Stimmzettel usw.) werden vom Personalrat mindestens bis zur Durchführung der nächsten Personalratswahl aufbewahrt. Im Kommentar zu diesen Paragrafen wird noch darauf hingewiesen, dass die Aufbewahrungspflicht gilt, bis die neue Wahl rechtsgültig ist.

Neues Dienstrecht – Auswirkungen auf das BayPVG

Das Neue Dienstrecht in Bayern hat natürlich auch Auswirkungen auf das Personalvertretungsrecht. Der Artikel 77a Erörterungsrecht bei der Leistungsbesoldung wird neu in das BayPVG eingefügt. Gemeint sind hier Leis-

tungsprämien, Leistungsstufen und Leistungszulagen. Dabei zeichnet sich ab, dass die kompletten Unterlagen, die in der Vergabe von Leistungselementen vorliegen, der Personalvertretung zur Verfügung gestellt werden müssen.

Schulungen von Personalvertretern zum Neuen Dienstrecht werden von den Fachverbänden und Gewerkschaften angeboten. Der Dienstherr schult Führungskräfte und Multiplikatoren.

Herbert Hecht

Vorsitzender

Der Bezirkspersonalrat - Kontakt

Gruppe Beamte:

Herbert Hecht, ALF Ansbach, Vorsitzender und Gruppenvertreter

Tel.: 0981/8908-175

herbert.hecht@aelf-an.bayern.de

oder

0871/9522-430

Fax : 0871/9522-405

herbert.hecht@fueak.bayern.de

Gruppe Arbeitnehmer:

Johann Götzer, ALF Schwandorf, stellv. Vorsitzender und Gruppenvertreter

Tel.: 09433/896-105

johann.goetzer@aelf-sd.bayern.de

VLF und VLM Mitglied im BayLaH

Seit März 2010 sind der VLF und der VLM, genauso wie Vela, Mitglied im Bayerischen Landesausschuss für Hauswirtschaft.

Der BayLaH ist ein **Dachverband**, der in Bayern als unabhängiges Gremium berufsständische Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der **Hauswirtschaft** vertritt. Ihm gehören Verbände der Hauswirtschaft, Verbände der freien Wohlfahrtspflege, Schul- und Lehrerverbände, Verbände für Lehr- und Beratungskräfte sowie Fach- und Interessensverbände an. Auf Bundesebene ist der bayerische Dachverband mit der Bundesarbeitsgemeinschaft für Hauswirtschaft (BAG-HW) und über diese mit der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft (dgh) vernetzt.

Die Aufgaben des Dachverbandes liegen in der Koordina-

tion der Verbandsarbeit, der Förderung hauswirtschaftlicher Bildung und Erziehung, der Förderung fachlicher Fort- und Weiterbildung, der Förderung des Gesundheits- und Umweltgedankens, der Durchführung von Berufs- und Leistungswettbewerben in der Hauswirtschaft und der Öffentlichkeitsarbeit für die Wertschätzung hauswirtschaftlicher Arbeit bei Politik und Gesellschaft.

Als Verbände, die auf Bayernebene im Bereich Hauswirtschaft tätig sind, stellten VLM und VLF Antrag auf Mitgliedschaft und steigerten durch ihren Beitritt die Mitgliederzahl des BayLaH auf ca. 400 000, wie Hanka Schmitt-Luginger, die erste Vorsitzende kürzlich stolz verkündete. VLF und VLM bringen durch ihre Mitgliedschaft in den Dachverband nun verstärkt das Gewicht der „ländlichen“ Hauswirtschaft dort ein. „Uns allen geht es um die Hauswirtschaft. Gemeinsam erreicht man immer mehr.“ Chris-

tine Wutz (VLF) und Luise Bachmeier (VLM) sind sich einig, dass städtische und ländliche Hauswirtschaft zusammenarbeiten sollten und wohl immer mehr zusammenwachsen werden.

Der Welttag der Hauswirtschaft 2010 im Bayerischen Landtag - gemeinsam gestaltet vom Ministerium und allen städtischen und ländlichen Verbänden der Hauswirtschaft – war eine eindrucksvolle Präsentation der Vielfalt und der Bedeutung „der Hauswirtschaft in Bayern“, ein vorläufiger Höhepunkt konstruktiver Zusammenarbeit.

Solche Entwicklungen kommen nicht von alleine: Ministerialrätin Gisela Miethaner, Vertreterin der zuständigen Stelle für die gesamte „ländliche“ und „städtische“ Hauswirtschaft am Ministerium hatte im Juli 2008 einen ersten

von bisher sieben Workshops initiiert. Das Fazit eines dieser Treffen lautete: „Die Hauswirtschaft braucht eine einheitliche Darstellung nach außen und eine kritische Auseinandersetzung nach innen.“ Es gibt viel zu tun in Sachen Hauswirtschaft. Vela und künftig auch VLM und VLF können hier auf Verbandsebene im Dachverband BayLaH mitgestalten.

Weitere Informationen zum BayLaH und seinen Aktivitäten, zu den Mitgliedsverbänden oder z.B. auch zu Tariflöhnen in der Hauswirtschaft unter www.baylah.bayern.de.

Hedwig Jacobey

Niederbayerisch – Oberpfälzer Pensionistentreffen

Das nächste Treffen der niederbayerischen und oberpfälzer Pensionisten findet am Montag, 6. Sept. 10 statt. Wir treffen uns ab 9.30 Uhr im Museum Granitzentrum Bayr. Wald Stadt Hauzenberg (von Passau kommend am Ortszugang rechts).

Nach einer sehr sachkundigen Führung essen wir im Gidibauerhof und auf der Rückfahrt besichtigen wir Kloster und Kirche Thyrnau:

Anmeldung wäre wünschenswert bei
Seidl 0871/42317 e-mail: seidl_josef@web.de

Schwabens Pensionisten trafen sich in Donauwörth

Zum traditionellen Frühjahrestreffen, vorbereitet vom Mitglied Erhard Hartl, trafen sich die schwäbischen Pensionisten in Donauwörth. Dabei besichtigten sie neben der Käthe-Kruse Produktionsstätte, die Stadt Donauwörth, das Kloster Heilig Kreuz und die Bäldelesschwaige.

Bekannt wurden die von Käthe Kruse konzipierten künstlerischen sehr wertvollen Puppen bereits in den zwanziger Jahren als aus kleinsten Anfängen in Berlin und später in Bad Kösen Werkstätten errichtet wurden. Beim Rundgang durch den Betrieb fiel auf, dass noch sehr viel Handarbeit geleistet wird, was die Kosten sehr erhöht. Im Produktionsprogramm stehen heute die künstlerisch wertvollen Krusepuppen für Liebhaber und Sammler, die Spielpuppen und modische Kinderkleidung. Neben dem Herstellerbetrieb mit Werksverkauf gibt es in Donauwörth ein eigenes Käthe-Kruse-Museum, das die 100-jährige Geschichte (1910-2010) des Hauses Kruse-Adler zeigt.

Interessant war auch die Führung durch die Stadt Donauwörth, die in den letzten Kriegsmonaten 1945 leider schwere Schäden erlitten hat. Die Stadt zählt heute 18.000 Einwohner und ist der Mittelpunkt der wirtschaftlich bedeutsamen Region mit dem Eurocopter Werk, als größtem Arbeitgeber. Unser besonderes Interesse galt dem historischen Benediktinerkloster mit der heute noch bedeutsa-

men Wallfahrtskirche „Heilig Kreuz“, die auf die Verehrung der Kreuzpartikel hinweist. Nach der Säkularisation 1803 waren Kloster und Kirche ungenutzt und dem Verfall preisgegeben. Dank der Initiative des Reformpädagogen Ludwig Auer, der die Anlage Mitte des 19. Jahrhunderts erwarb und durch die Kassianeumstiftung eine Bürgerschule mit Internat errichtete, konnte der Gebäudekomplex gerettet werden. Der Verlag Ludwig Auer mit vorwiegend christlicher und pädagogischer Literatur datiert auch aus dieser Zeit. Der Verlag ist heute ein bedeutendes Unternehmen am Ort.

Den Abschluss des Treffens bildete ein Besuch auf der „Bäldelesschwaige“ – unweit Donauwörth. Die Besitzerfamilie Sautter stellte die Betriebsentwicklung der letzten 20 Jahre vor, von einem konventionellen landwirtschaftlichen Betrieb zu einem vielseitig strukturiertem Touristikunternehmen mit Hofmarkt, geräumigen Biergarten, Feststadel für familiäre Feiern, Ferienwohnungen, und einem Abenteuerspielplatz mit Streichelzoo. Begonnen hat alles 1991 als für die Radler am vorbeiführenden Donauradweg eine Brotzeitstation eingerichtet wurde.

Franz Xaver Mayershofer